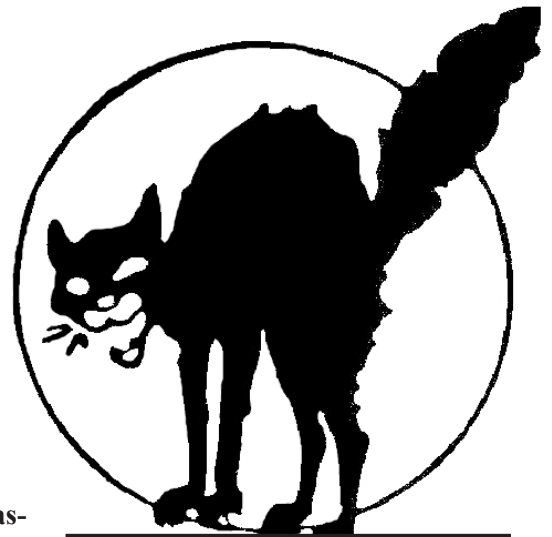


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz
www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch



Streikwelle in Frankreich

Frankreich macht seinem Ruf alle Ehre. Während der grossen Entlassungswellen aufgrund der Finanzkrise machten schon letztes Jahr Schlagzeilen aus Frankreich die Runde: Manager wurden gekidnappt oder die Sprengung von Werkshallen angedroht. Nun sind es erneut französische ArbeiterInnen, die mit einer Streikwelle auf sich aufmerksam machen. Der von den Herrschenden gefürchtete Klassenkampf erreicht Westeuropa.



Streikende SchülerInnen stehen der Polizei gegenüber

Im Frühjahr dieses Jahres präsentierte Sarkozy der Öffentlichkeit seine Rentenreform. Das Renteneintrittsalter soll um 2 Jahre – von 60 auf 62 – angehoben werden. Dabei versucht die französische Regierung den europäischen Stabilitätspakt umzusetzen, welcher verpflichtet, die ausser Kontrolle geratenen Staatsschulden einzudämmen.

Gegen diesen unpopulären Entscheid organisierten die Dachverbände der Gewerkschaften Aktionstage, die mit eintägigen Streiks und Demonstrationen verbunden waren. Diese verliefen alle recht ähnlich, jedoch stieg von Mal zu Mal die TeilnehmerInnenzahl. Die Führungsspitzen der staatsbefürwortenden Gewerkschaften und die Regierung dachten wohl, man könne mit einzelnen Aktionstagen den Unmut und die Wut der Bevölkerung unter Kontrolle halten, wie es in Griechenland bis jetzt erfolgreich geschehen ist. Doch Anfang Oktober änderte sich die Lage schlagartig.

Die Streikwelle beginnt

Anfang Oktober traten die HafendarbeiterInnen von Le Havre und Marseille in den Streik. Der Hafentreiber wollte Arbeitsplätze an ein Subunternehmen auslagern – natürlich unter schlechteren Arbeitsbedingungen. Aber auch die Ablehnung der Rentenreform wurde von den ArbeiterInnen in die Forderungen aufgenommen. Dank der

Editorial

Was haben die Entlassungen bei Alstom, die AVIG-Revision und die Streiks in Frankreich gemeinsam? Dass alle drei Punkte in der vorliegenden Ausgabe behandelt werden, ist nicht die einzige Gemeinsamkeit - alle drei Punkte sind Beispiele für die Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen denen, die haben, und denen, die weniger bis nichts haben. Diese Auseinandersetzungen sind typisch für das Krankheitsstadium der Weltwirtschaft, in welchem wir uns befinden: Die erste Welle der Krise ist vorbei, einigen Branchen geht es wieder besser - etwa den Autoherstellern und ihren Zulieferbetrieben - aber anderen geht es unvermindert schlecht. Im Oktober 2010 gingen in der Schweiz 447 Firmen Konkurs, 12% mehr als im Jahr zuvor. Auch die Privatkonkurse erhöhten sich im Oktober 2010 um 5.3% auf 520.

In dieses Klima der knapp überlebenden Wirtschaft und der Zukunftsangst vieler ArbeitnehmerInnen fallen die Kürzungen der Sozialwerke, die 750 Entlassungen bei Alstom und der Widerstand gegen Kürzungen in Frankreich.

Bei der verlorenen AVIG-Abstimmung zeigte sich wieder einmal, wer denn eigentlich Einfluss im Parlamentszirkus hat: Diejenigen, die haben. Diejenigen, die nichts haben, werden auch nicht in ein Parlament gewählt, denn Chancengleichheit gibt es erst ab einem höheren fünfstelligen Monatseinkommen.

Nehmen wir uns also an der Streikwelle in Frankreich ein Beispiel und kämpfen mit diesen Mitteln gegen Entlassungen, wie bei Alstom, und für unsere Zukunft. Eine andere Zukunft als im Moment geplant wird. Denn die, die wenig oder nichts haben, können sich im Parlament niemals durchsetzen!

Eure FAUistas

Aus dem Inhalt

- Alstom entlässt 750 Leute.....3
- Zur AVIG-Revision.....3
- Business as usual. Überlegungen zur Krise der radikalen Linken.....4
- Anarchismus als Organisationsform.....5
- Schwarzrot? Keine Ahnung woher das kommt.....8
- Kultur.....10
- Gelebtes Leben. Zu Emma Goldmans Autobiografie.....11
- Rechtliches.....12

(weiter auf Seite 2)

Frankreich (von Seite 1)

Bestreikung der Häfen, war die Einspeisung von Rohöl in das Pipelinesystem blockiert. Dadurch ermutigt, begannen die ArbeiterInnen von verschiedenen Raffinerien ebenfalls zu streiken. Auch hier waren die Rentenreform und der Abbau von Arbeitsplätzen die Beweggründe. Diese Dynamik führte dazu, dass bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr alle TOTAL-Raffinerien bestreikt wurden. Doch dieses Mal schlossen sich die restlichen dem Streik an. Am 14. Oktober hatten alle Raffinerien Frankreichs die Produktion eingestellt.

Syndikalistische Mobilisierung

Parallel dazu rollte eine syndikalistische Mobilisierung an, welche ab dem 13. Oktober den unbefristeten Streik gegen die Rentenreform propagierte. Bei der Bahn, den Busdepots, der Post, den Müllabfuhrern, den LastwagenfahrerInnen und vereinzelt weiteren Betrieben fand diese Forderung nach und nach Anklang. Dennoch war



es zumeist eine Minderheit, die sich zum Streik einfand. In Frankreich ist das Recht auf Streik stark geschützt und TeilnehmerInnen dürfen aufgrund ihrer Beteiligung nicht entlassen werden. So kommt es, dass in Frankreich jedEr auch individuell streiken darf. Im Gegenzug gibt es kein Streikgeld, was den Streik mit materiellen Entbehrungen verbindet, dies obwohl die grossen Gewerkschaften sich eine Schatzkasse von mehreren Millionen angespart haben. Die CGT z. B. liess die militante Basis agieren, verweigerte ihr jedoch jegliche sonstige Hilfe. Weder wurde Geld für die Betroffenen, noch eine überregionale Koordination der Streiks organisiert.

Intersyndikale Vollversammlungen

Unter diesen Umständen organisierten sich die AktivistInnen verschiedenster Organisationen in „intersyndikalen“ (übergewerkschaftlichen) Vollversammlungen. Diese wurden zum Schlüssel des Erfolgs und bildeten die Basis der Streikwelle. In den meisten grösseren Ortschaften wurden Versammlungen einberufen, auf welchen das weitere Vorgehen besprochen wurde. Dort konnten die Streiks diskutiert und Aktionen organisiert werden. Leider blieb der Einfluss dieser Versammlungen lokal begrenzt. Zurzeit wird versucht die Vollversammlungen landesweit zu organisieren und eine dauerhafte Struktur aufzubauen.

SchülerInnenstreik

Neben den Hafen- und RaffineriearbeiterInnen schloss sich eine weitere Gruppe dem Streik an: Eine Welle von Jugendprotesten schwappte übers Land. Der Streik der Oberschulen brachte eine Menge junger Leute auf die Strasse, welche die Streikposten un-

terstützten und den Protest auch in der Innenstadt täglich sichtbar machten. Der Streik umfasste drei Schlüsselsektoren für Infrastruktur und Mobilität (Häfen, Öl, Transportwesen). Mit Hilfe von Blockaden versuchten die Streikenden und AktivistInnen den Druck auf die Wirtschaft und die Regierung zu erhöhen. Dabei wurden Gleise, Autobahnen, Fabriken, Industriegebiete und vor allem Benzin-Depots blockiert. Die Blockaden hielten solange bis die Polizei eintraf und die BlockadeteilnehmerInnen vertrieb. Diese suchten sich sodann neue Ziele, welche sie wiederum blockierten. Das Ganze entwickelte sich immer mehr zu einem Katz und Maus Spiel.

Streikbrechende Ferien

Durch die Mitte Oktober beginnenden Ferien der Oberschulen, wurde dem Streik eine wichtige Stütze genommen. Da kein anderer Sektor den Wegfall der SchülerInnen kompensieren konnte, verlor der Streik an Dynamik. Die StudentInnen versuchten ihrerseits während der Ferienzeit zu mobilisieren, brachten aber niemals so viele Leute auf die Strasse wie die SchülerInnen. In diese Zeit fiel letztendlich auch die Abstimmung des Parlaments über die Reform und diese wurde – wie erwartet – angenommen. Nun begann die Gewerkschaftsführung die Streiks zu sabotieren. In den Medien wurde immer wieder betont, dass die Gewerkschaften in den Massendemonstrationen das Mittel sahen, die Rentenreform aufzuhalten und sie in einer Ausweitung des Streiks auf den Generalstreik keinen Sinn sahen...

Raffinerien arbeiten wieder

Der Streik der Raffinerien brach zusammen, als er gerade erst anging, für die Regierung richtig bedrohlich zu werden. Der französische Staat hat eine strategische Treibstoffreserve für mehrere Wochen, an welchen er während des Streiks zehren konnte. Trotzdem lagen etwa ein Fünftel aller Tankstellen in Frankreich bereits auf dem Trockenen und die Wirtschaft stand vor ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten. So musste auch eine Raffinerie im neuenburgischen Cressier unfreiwillig abgeschaltet werden, da sie ihr Rohöl von einer bestreikten Pipeline (nicht mehr) erhielt.

Am 29. Oktober – nach der Annahme der Reform – beschlossen die Belegschaften der TOTAL-Raffinerien jedoch die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies läutete das (vorübergehende) Ende der Streikbewegung ein.

Wir kommen wieder – keine Frage

Auch wenn durch die Wiederaufnahme der Arbeit in den Raffinerien das direkte Kräftemessen mit der Regierung und Wirtschaft aufs erste verloren gegangen ist, sehen sich die Syndikalisten nicht als VerliererInnen. Die Aktionen der intersyndikalen Versammlungen gehen weiter und es wird auch weiterhin gegen die Reform mobilisiert. Die SchülerInnen wollen in Zukunft wieder streiken und die „trotzkistische“ Karabikinsel Guadeloupe hat angekündigt, gegen die Rentenreform in den Generalstreik zu treten. In Frankreich wird es weiterhin spannend bleiben. Vor allem auch im Hinblick auf die geplante überregionale Koordinierung der Vollversammlungen. Wenn sich daraus basisdemokratische Strukturen bilden, welche einzelne Streiks aus ihrer Isolierung heraus holen und ein organisiertes Vorgehen ermöglichen, wird in Frankreich vielleicht ein breiter Klassenkampf – abseits der staatsbeherrschenden Gewerkschaften – möglich.

Paula Sigè

Alstom entlässt 750 Leute



Alstom-Werk in Birr AG

Am Morgen des 5. Oktobers liess Alstom Power die Meldung an die Öffentlichkeit: In einer Medienmitteilung, verfasst in kältestem Manager-Neusprech, wurde bekannt gegeben, dass in den nächsten achtzehn Monaten weltweit 4'000 Leute entlassen werden. Alleine in der Schweiz sollen 750 Stellen abgebaut werden.

Die Meldung von der bevorstehenden Entlassungswelle erfuhren die ArbeiterInnen in den beiden grössten schweizerischen Standorten Baden (AG) und Birr (AG) aus den Medien.

Die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften in der Schweiz (Unia) und Deutschland (IG Metall) appellierten an den Anstand der Manager: Es solle Kurzarbeit eingeführt werden und wenn Kündigungen ausgesprochen werden, dann sollen diese doch bitte „sozialverträglich“ ablaufen.

Ganz unerwartet kam die Meldung aber nicht, da schon seit Januar dieses Jahres, die Temporärangestellten entlassen wurden. Das Unternehmen begründet die Entlassungen in ihrer Medienmitteilung mit der Wirtschaftskrise.

Es besteht Grund zur Befürchtung, dass wenn die Auftragslage für Alstom wieder besser aussieht, nicht wieder Festangestellte beschäftigt werden. Stattdessen wird wohl derselbe Umbau wie in vielen anderen Fabriken vor sich gehen: Die Stammbesetzung wird auf ein Minimum reduziert und der schwankende Bedarf an Arbeitskräften wird mit Temporären ausgeglichen, die jederzeit entlassen werden können.

smf

Zur AVIG-Revision

Am 26. September wurde in der Schweiz wieder einmal abgestimmt. Zur Debatte stand eine Vorlage die zynisch „Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)“ genannt wurde. „Sozialabbau“ meinten die einen und „notwendig“ meinten die anderen. Dass die Direktbetroffenen in solchen Abstimmungen verlieren steht ausser Frage. Eine Analyse des Wahlzirkus und eine Andeutung von Alternativen zum Gemjammer linker Parteien.

und die angeblichen Vorteile (Sanierung der Arbeitslosenkasse) halten keiner genaueren Überprüfung stand. Diese Vorlage wurde am 26. September von 53.4% der Abstimmenden angenommen. Was war geschehen?

Die Gegner der Revision haben es versäumt auf die Arbeitslosen einzugehen und mit diesen zusammen eine Kampagne zu fahren, im Gegenteil: Die Arbeitslosen wurden in der spärlichen öffentlichen Diskussion um das Referendum kaum beachtet. In ei-



Es geht auch anders: Aktion u.a. von Direktbetroffenen am UNO-Welttag gegen Armut

Die Änderungen im neuen AVIG waren nicht Anpassungen des Gesetzes an eine geänderte Wirtschaftslage, es wurde nicht darüber befunden, ob die die wenig haben, mehr bekommen sollen – diese Revision war vor allem ein Abbau. Wenn es eine Anpassung an eine andere Wirklichkeit war, dann war es eine Anpassung an eine andere Ideologie, weg von einer gewissen Solidarität zwischen Bevölkerungsgruppen hin zu „Wer arbeitslos ist, ist selber schuld.“

Es gab wahrlich genügend Gründe einen solchen Abbau zu stoppen: Mit der Vorlage zusätzlich bestraft werden Studien- und AusbildungsabgängerInnen, junge Erwerbstätige und es findet eigentlich nur eine Kostenverschiebung innerhalb der staatlichen Bürokratie statt: Die Arbeitslosengelder werden vom Bund bezahlt, die zu erwartenden höheren Ausgaben bei der Sozialhilfe, müssen Gemeinden und Kantone bezahlen.

Eine Vorlage ohne (sichtbare) Verlierer?

Diese Vorlage führt also für die grosse Mehrheit der Bevölkerung der Schweiz zu jetzigen oder zukünftigen Nachteilen

nem Kommentar schreibt Christof Berger vom Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen (KABBA): „Die Direktbetroffenen blieben mit einem Komiteebudget von lediglich einem vierstelligen Frankenbetrag und mit viel Gratisarbeit im nationalen Abstimmungskampf praktisch unsichtbar. Sie hatten versucht, den Betroffenen ein Gesicht zu geben. In der Kampagne der Gewerkschaften und Linksparteien wurden die Arbeitslosen mehrheitlich als anonymer und willenloser Bodensatz der Gesellschaft dargestellt.“

In einer Medienmitteilung im Vorfeld der Abstimmung der KABBA ist treffend beschrieben, wieso eine Auseinandersetzung mit dem Begriff des/der Arbeitslosen für diese Abstimmung (und auch für weitere) wichtig gewesen wäre: „Die 4. AVIG Revision geht davon aus, wer Mühe habe eine Stelle zu finden ist entweder faul, Ausländer, bildungsfern oder krank. Tatsächlich gibt es Gründe, welche mit der Qualifikation oder den Arbeitswillen der Arbeitslosen nichts zu tun haben: zum Beispiel zu

(weiter auf Seite 4)

wenig praktische Erfahrung (LehrabgängerInnen), nicht geradlinige Berufskarrieren (wenn verschiedene Berufe ausgeübt wurden), das Alter (über 45 Jahre), WiedereinsteigerInnen und alleinerziehende Frauen und Männer, Berufe mit weniger Nachfrage oder Übersättigung des Arbeitsmarkts. Sie alle sind auf eine gute ALV angewiesen.“

Statt den Betroffenen ein Gesicht zu geben, wühlten die Kampagnenplaner bloss in der Schlagwortkiste und fänden dort den Begriff ‚Abzocker‘. Die Kampagne konzentrierte sich ausschliesslich auf dieses Wort und weniger auf die Nachteile, welche der Abbau der Arbeitslosenversicherung nach sich ziehen würde. Es schien, als würden die linken Parteien und Gewerkschaften den Abstimmungskampf lustlos führen, nach dem Motto „weil das halt einfach gemacht werden muss.“ Deswegen konnten sich viele der Abstimmenden wahrscheinlich nicht einmal mit dem Thema identifizieren. Dass die Wogen bei dieser Abstimmung nicht hoch gingen, zeigt auch ein Blick auf die Stimmbeteiligung: 35.5% der Wahlberechtigten legten ihren Zettel in die Urne. Von diesen 35.5% haben also 53.4% die Vorlage angenommen, das sind gerade

mal etwas unter 19% der Wahlberechtigten, die für die Vorlage waren – und das soll eine demokratische Legitimierung sein?

Entsolidarisierung

Nicht nur das Ergebnis, sondern auch die ganze Vorlage stehen in einer Reihe von geplanten oder bereits umgesetzten Angriffen auf die wenigen Einrichtungen, welche die Folgen des alles zeretzenden Wirtschaftssystems wenigstens ein bisschen abschwächen sollten. Diese Angriffe sind die Folge eines Ideologiewechsels in der Gesellschaft und einer verschärften Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen durch das Parlament. Von einer eher solidarischen und gemeinschaftlichen Gesellschaft hin zu einer egoistischen alle-gegen-alle Gesellschaft. Heute ist es schon fast unschicklich anderen Menschen zu helfen oder anders gesagt: wer hilft noch den Arbeitslosen, wenn in der gleichen Zeit Geld verdient und dazu noch das Risiko einer Entlassung gesenkt werden kann? Christof Berger vom KABBA: „(...) weil niemand ernsthaft die bezahlte Arbeit gleichmässiger verteilen will, grenzt die Gesellschaft diejenigen aus, die in diesem System die hoch gehängten Trauben nicht erreichen. Dies mit dem zynischen Hinweis, Arbeit wäre ja genügend vorhanden. Mit Schlagzeilen wie «Die herbeigeredete Armut» werden die Opfer

dieser Verdrängungspolitik auch noch der Hämme preisgegeben.“

Die Initiative ergreifen

Der nächste Abbau wird bestimmt kommen und die alten Institutionen für eine gerechtere Gesellschaft (linke Parteien und Gewerkschaften) werden auch nächstes Mal kaum in der Lage sein dem Angriff stand zu halten. Deswegen sollten wir mit unseren FreundInnen, NachbarInnen, ArbeitskollegInnen und Verwandten zusammen eigene Initiativen aufbauen, die Hilfe für diejenigen, die sie nötig haben, bieten können. In Deutschland, wo der Abbau schon weiter vorangeschritten ist, zeigen verschiedene Projekte dass solche Initiativen möglich, machbar und erfolgreich sein können. Zwei Beispiele für solche Projekte sind die Tacheles-Sozialhilfe in Wuppertal oder das Sozialwerk-DSP Kleider und Tafel e.V. in Leipzig. **smf**

Weitere Informationen zu den Erwerbslosenprojekten:

<http://www.direkteaktion.org/195/erwerbslosenprojekte-in-deutschland/>
<http://www.direkteaktion.org/196/erwerbslosenprojekte-in-deutschland/>
<http://www.tacheles-sozialhilfe.de/>

Buisness as usual...

Überlegungen zur Krise der radikalen Linken

Ich hab mal irgendwo gelesen, dass die Art, wie die schweizerische Bürokratie funktioniert, sich auf eine Formel mit drei „D“ zusammenfassen lässt:

1. Das hämmer scho immer so gmacht.“
2. Das hämmer no nie so gmacht.“
3. Da chönnt ja jede cho.“

Ich wollte dies erwähnen, weil ich manchmal das Gefühl habe, dass der linke Politzirkus genau gleich funktioniert.

Wie bei vielen meiner Generation, d.h. Leuten, die jetzt ungefähr zwischen 20 und 30 Jahre alt sind, wurde meine politische Einstellung durch die Proteste gegen den Afghanistan- und den Irakkrieg geprägt. Die grosse Bewegung gegen den Irakkrieg ist zwar nach kurzer Zeit wieder eingeschlafen, aber die Euphorie und die begonnene Politisierung hielt bei vielen jungen Leuten an. Viele hatten inzwischen die Antiglobalisierungsbewegung wahrgenommen und manche wurden

Teil von ihr. Ihre Kritik und ihre kreative Energie, die z.B. durch den Rapper Greis in seinem Lied „Global“ oder in PVP's „Ufstand“ sogar über Radio oder TV liefen, waren unter vielen Jungen populär.

Die Gegenseite lernte aber schnell und begann die Bewegung in zwei Gruppen aufzuspalten. Die erste Gruppe, zu denen NGOs, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen gehören, wurde mittels Dialog eingebunden (z.B. in das Open Forum am WEF in Davos), die zweite, die grundsätzlichen KritikerInnen der ausserparlamentarischen Linken, wurden als Chaoten kriminalisiert und polizeilich eingekesselt. Dieses Vorgehen war auch psychologische Kriegsführung und ich bin überzeugt, dass sie trotz aller Durchhalteparolen der Bewegung bei vielen auf persönlicher Ebene genau die gewünschten Effekte hervorgerufen hat: Ohnmacht, Resignation, „Rückzug ins Private“.

Hier stehen wir heute. Die einstige kri-

tische Energie ist zusehends verbleicht. was geblieben ist, ist die Konfrontation mit der Polizei (von einigen Unbeirrbareren immer noch als der eigentliche Austragungsort „unseres Kampfes“ begriffen). Und Partys gibt es auch noch – und die bringen immer wieder viele Leute unter einem relativ unverbindlichen und eher konsum- als handlungsorientierten linken Wertekonsens zusammen (siehe den Hype um den Müslüm-Song). Doch wenn man ausnahmsweise mal über den Tellerrand der eigenen Selbstinszenierung blickt - man entschuldige meine harte Ausdrucksweise - dann ist diese Szene im Moment aber nur eins: isoliert und politisch wirkungslos.

Das sollte uns weder überraschen noch allzu fest in Panik versetzen, den auch das war auf eine gewisse Weise, „schon immer so“. Der Historiker Hans Ulrich Jost, der den Einfluss linksradikaler Gruppen auf den schweizerischen Generalstreik 1918 untersucht hat, betont,

dass solche Gruppen nur in Zeiten sozialer Krisen eine wirklich einflussreiche Rolle spielen können: „Ihre radikale, anarchistisch gefärbte, meist durch eine realitätsferne Philosophie geprägte Politik war aber kaum geeignet, breit in die Arbeiterschaft einzudringen. Sie bildeten keinen Machtfaktor im politischen System, spiegelten aber in aller Schärfe allgemeine sozio-politische Spannungen. Die Bedeutung dieser radikalen Linken überspringt dort ihre Bedingungen und Beschränkungen, wo ein sozio-politisches System in der Phase einer grossen Krise die Grundsätze und Normen der Verhältnismässigkeit verliert.“¹

Wenn dieser Gedanke auf heute übertragen wird, dann kann die aktuelle Krise (die noch lange nicht vorbei ist) und ihre Abwälzung auf die mittleren und unteren Gesellschaftsschichten zu zunehmend fruchtbareren Bedingungen für politische Interventionsversuche führen. Klar: Nur weil die Lebensbedingungen abgesenkt werden, kommt es nicht automatisch zu neuen Kämpfen. Aber wenn lange existierende Absicherungen und Standards einbrechen, zerbröckeln auch die Ideologien, die darum herum entstanden. Die Leute stellen sich neue Fragen und sind offener für andere Antworten. Was diese Fragen sind, wie und wo sie diskutiert werden und welche Antworten darauf entstehen könnten – das zu untersuchen, wäre das Gebot der Stunde. Doch „die (radikale) Linke ist nicht auf der Höhe der Zeit, sondern macht business as usual. Bündnispolitik, Mobilisierung zum symbolischen Gipfelsturm, Hoffen auf Gewerkschaften und andere Institutionen.“² Diese Aussage aus einer Krisenanalyse der Zeitschrift *Wildcat* hatte es zum 1. Mai 2009 sogar auf die Startseite des deutschsprachigen „Indymedia.ch“ geschafft, doch sie gab wohl eher die Ansicht eines Teils der Indymedia-Redaktion, als tatsächliche Lernprozesse einer breiteren Szene wieder. Tatsächlich scheinen sich alt-hergebrachte „gut/böse“-Erklärungsmuster hartnäckig zu halten:

„Einige AktivistInnen schienen die Welt in Kategorien von wir, sie und sie

¹ Hans Ulrich Jost, *Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914-1918*, Bern 1973, S.35

² Aus *Wildcats 5* Thesen zur globalen Krise http://www.wildcat-www.de/aktuell/a073_krise_15thesen.htm

einzuteilen: ein »sie« sind die KapitalistInnen und ihre Organisationen, sehr clever und möglicherweise allmächtig; das andere »sie« steht für die »Arbeiterklasse« oder »die gewöhnlichen Leute«, mitschuldig, ignorant, und / oder zu lethargisch, »etwas zu unternehmen«. Das »wir« dagegen ist unproblematisch und klar definiert: »wir« sind »die Erleuchteten«. Diese Sicherheit ist sicher nicht hilfreich! Tatsächlich verläuft sie parallel zu der alten Argumentation der



Nicht auf der Höhe der Zeit? Demonstration in Bern

traditionellen Linken: weil die Arbeiterklasse nicht »politisiert« (oder »aktiv«) ist, muss sie erzogen und auf ihre historische Rolle vorbereitet werden. Wenn du nicht Teil der Lösung bist, bist du Teil des Problems.“³

Zu diesem elitären Selbstbild gehört auch, dass man seine eigene Lebenssituation kaum thematisiert: Falls es sowas, wie einen „Klassenstandpunkt“ unter diesen „Radikalen“ gibt, dann will man etwas für das Proletariat, das Prekariat, die MigrantInnen (etc.) erkämpfen und sieht sich nicht als Teil der Klasse, der Ausgebeuteten, der Unterdrückten. Dementsprechend kommen diese „Radikalen“ auch nicht auf die Idee ihre eigene Lebenssituation zu thematisieren oder eigene Arbeitsbedingungen mit einem kollektiven Kampf zu verteidigen

³ What is the Movement? (Leeds May Day Group), deutsch unter <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aggp/de/texte/movement.htm>

oder zu verbessern. Hier kämpft jeder für sich allein.⁴

Auf die Höhe der Zeit zu kommen würde bedeuten, sich aus den szenemässigen Selbstbezogenheit rund um Themen wie Antifaschismus, Globalisierungskritik usw. zu lösen und sich für die realen Bedingungen und Prozesse zu interessieren. Es würde bedeuten, Politik wieder als offenen Lernprozess zu begreifen, in dem man nicht einfach aus der Vogelpers-

pektive die Abschaffung des des Kapitalismus oder die Revolution „predigt“, sondern in seinem eigenen Alltag und sonst wo die Situationen und Umstände sucht, in denen Leute sich gemeinsam selbst bemächtigen (können). Es würde bedeuten, sich in konkrete soziale Auseinandersetzungen – egal wie gross oder klein diese sein mögen – einzumischen.

Reto Obst

⁴ Aus einem Beitrag von <http://www.chefduzen.ch> > Allgemeines Sozial- und Politikforum > „Massenentlassungen“-Thread > Seite 6, 1. Beitrag (Kuddel)

Dein Chef ein
Arschloch?



www.chefduzen.ch

Anarchismus als Organisationsform

(M)Eine Sicht auf Anarchismus als Organisationsform in der Auseinandersetzung mit einem Text von Colin Ward (1966: *Anarchism as a Theory of Organisation*)

Anarchistische Organisationsweisen stellen sich als Inseln im Meer dar, wenn sie als hierarchiefreie und selbstverantwortliche Prozesse verstanden werden. Das liegt zum Ersten daran, dass der Begriff des Anarchismus im Alltagsverständnis, vor allem in den Medien, nur für Situationen des Kontrollverlusts angewendet wird. Nur wenn hierarchische oder gar absolutistische Systeme zusammengebrochen sind oder aktiv zerstört wurden, wird dieses Wort von den Chefredaktionen geduldet. Ein Machtvakuum ist aber nie ein stabiler Zustand. Anarchismus als Gesellschaftstheorie kann daher gar nicht in grösserem Gegensatz zu diesem Alltagsverständnis stehen.

Das zweite Problem liegt in der Annahme begründet, dass hierarchiefreie und

und Erfahrungen suchen.

Zuerst stellt er die allgegenwärtige Frage: Kann eine soziale Organisation ohne Autorität und ohne Regierung überhaupt sein? Die Antwort ist klar eine politische – AnarchistInnen sagen es könne und solle sein.

Den Staat als grundlegendes Übel anzusehen mag nahe liegen, ihn für Krieg und Lohnkämpfe verantwortlich zu machen, würde aber heissen den Mensch, seine alltäglichen Interaktionen und seine Abhängigkeit von Erziehung zu negieren. Es würde auch heissen ein politisches System als natürlich Gegeben darzustellen. Zumindest politisch gilt: Was die Menschen wollen, können sie erreichen, auch eine anarchische Organisationsweise – es stellt sich nur die Frage wie.

Der nächste Punkt betrifft die moralische Grundhaltung, welche dem System zugrunde liegen soll. Finden wir uns mit einer von oben befohlenen Struktur ab, welche Menschen aufgrund von Druck und Zwang in eine Gesellschaft presst?

Gibt es eine von unten aufbauende, auf Freiwilligkeit basierende Gesellschaft? Anarchistische Ideale lassen sich nur dem zweiten Prinzip zuordnen. Wenn Menschen nicht mehr wollen, sind sie frei das System zu verlassen und ein eigenes, ein anderes aufzubauen. Eine Möglichkeit, die wir in den heutigen, nationalstaatlichen

Demokratien nicht haben.

Prinzipien und Ansätze

Mit vier Prinzipien verdeutlicht Ward den anarchischen Ansatz: *freiwillig* (voluntary), *zweckmässig* (functional), *befristet* (temporary) und *klein* (small). Vor allem die letzten beiden sind problematisch, wenn eine grosse Gesellschaft so organisiert werden soll. Wir leben auf einem einzigen Planeten. Auch wenn es darauf viel Platz für verschiedene Modelle gibt, so sind doch globale Aspekte und Probleme vorhanden, die weltumspannende und kooperative Systeme erfordern.

Colin Ward führt zwei Grundmodelle an, ein territoriales und ein arbeitsbezogenes. Das räumliche Modell besteht aus Kommunen, Räten oder Gemeinden, die in einem föderalen System verbunden werden.

Ein uns bekanntes System. Ward bezieht sich denn auch auf die Schweiz als dasjenige Beispiel, welches diesem Prinzip am nächsten kommt. Nicht ganz zu unrecht, wenn wir die lokale Ebene, also die Gemeinden, im Fokus haben. Es stellt sich jedoch die Frage, wie der Föderalismus über das dezentralisierte Abstimmen hinausgeht, und auch einen lokal abgestützten Aushandlungsprozess für überregionale Anliegen beinhalten kann. Ward zitiert den schweizer Historiker und Publizisten Herbert Lüthy. Dieser vertritt die These, dass die kleinräumige Machtverteilung Grund für das dezentrale und sehr dichte Eisenbahnnetz ist. Die Gemeinden konnten nicht von einem Zentralstaat ausgehebelt werden, sondern hatten ein hohes Mitspracherecht bei der Linienführung.

Ward betont mehrfach, dass er nicht das schweizerische System hoch loben, sondern aufzeigen will, dass Föderalismus ein wichtiger, bzw. zu bedenkender Ansatz ist. So kann auch die These hinterfragt werden. Zum Beispiel ist die Reihenfolge nicht eindeutig, ob die dezentrale Wirtschaftsansiedlung aufgrund der Eisenbahn, des politischen Systems oder wegen dem lokalen Vorkommen von Wasserkraft zustande kam. Eine weitere Skepsis sollte die politische Lage der schweizer Frauen im Erscheinungsjahr des Artikels auslösen. Das Frauenstimmrecht hatte 1966 gerade mal in drei welschen Kantonen bestand und wurde mit Basel-Stadt zum ersten Mal in der Deutschschweiz eingeführt. Es sollte noch ein weiteres Vierteljahrhundert vergehen, bis zur Einführung in Appenzell-Innerrhoden. Das Beispiel der langsamsten Umsetzung eines Grundrechtes verdeutlicht die Problematik der Diffusion von Regeln und von Themen zwischen den einzelnen Gemeinden und über verschiedene Ebenen hinweg.

Die spontane Ordnung – eine Frage der Zeit

Ein weiterer Ansatz zur Beobachtung von Ordnungssystemen sieht Colin Ward in der spontanen Ordnung. Damit meint er Ad-hoc-Organisationsweisen, wie sie oft



Aldermaston Marches - Antikriegsdemos. Ein Beispiel von dem Ward in seinem Artikel ausgeht.

selbstverantwortliche Systeme nur von Angesicht zu Angesicht, also in kleinen Organisationseinheiten und Gesellschaften funktionieren. Daher ist diese Organisationsweise nur insular, in ein hierarchisches Ganzes eingegliedert, anzutreffen.

Ausgehend von Vorurteilen

Genau nach diesen Inseln sucht Colin Ward (siehe Kasten). Wenn wir Anarchismus als Organisationsweise der Gesellschaft anwenden wollen, müssen wir Vorurteilen und Systemgrenzen begegnen. Dazu will Ward theoretisch weiter denken und im Alltag nach Beispielen

bei Revolutionen, Besetzungen und nach Naturkatastrophen auftauchen:

Angesichts eines gemeinsamen Bedürfnisses wird eine zufällige Ansammlung von Menschen durch Versuche und Irrtümer, durch Improvisation und Experiment aus dem Chaos heraus Ordnung entwickeln, - und diese Ordnung wird dauerhafter sein und in einem engeren Verhältnis zu ihren Bedürfnissen stehen als irgendeine von außen aufgezwungene Ordnung.

Mit zwei Ansätzen erläutert Ward diese Vorstellung. Der erste sind die Besetzungen von Militäranlagen im England von 1946. Daran zeigt er auf, wie diejenigen, welche sich freiwillig dorthin begeben haben, als Kollektiv arbeiteten, um die Lebensumstände zu verbessern. Andere, welche vom Staat angesiedelt wurden, verharrten jedoch in einer passiven Haltung. Der zweite Ansatz sind Beispiele von Kindererziehung, bzw. von Situationen, in denen Kinder Raum gelassen wurde, sich selber zu Organisieren. In einem Gesundheitszentrum wurde beobachtet, wie die Kinder sich von einem „chaotischen und destruktiven Haufen“ zu gezielt Spielenden entwickelt haben.

Bei allen Beispielen stellt sich die Frage der Zeit. Ward sieht in der spontanen Ordnung den Vorteil, dass sie nicht von aussen aufgezwungen wurde. Das mag sein, doch reproduziert sich eine soziale Ordnung nicht isoliert. Und auch wenn sie das würde: Die Probleme der politischen Entwicklung entstehen auch aus dem Inneren heraus. Einerseits sind die Interessen der Beteiligten schwer unter einen Hut zu bringen. In einer Ausnahme-situation, wie sie alle Beispiele darstellen, gerät dies nur für kurze Zeit in den Hintergrund. Andererseits entwickeln sich schnell Dynamiken, welche aktiv überwunden werden müssen. Spontane Ordnung hat nichts mit einer Natürlichkeit zu tun, so was gibt es im Sozialen gar nicht. Das Politische zeichnet sich durch einen stetigen Aushandlungsprozess aus. Wir wollen in politischen Kämpfen über unsere Lebensvorstellungen verhandeln. Die Beispiele der Kindererziehung behaupten zwar den Einfluss der Erwachsenenwelt ausgeschlossen zu haben, da sich die Erziehenden gemäss Ward dieser Situation bewusst waren und gezielt auf die Selbstorganisation hinarbeiteten. Trotz allem sind die Verhaltensmuster der Kinder doch stark von den Vorstellungen übers Erwachsenen sein und Verantwortungsbewusstsein geprägt. Die Umstände sind ähnlich, wie sie im Folgenden bei der Organisation von Arbeit beobachtet wurden. Die Kinder leben auf einer Insel,

die umgeben ist von Autorität und Kontrolle, von Selbstverantwortung und Leistung. Freiheit wird soweit gewährt, wie die Ergebnisse vorhersehbar sind.

Die Organisation von Arbeitsgruppen

Um zur Arbeitswelt überzugehen widmet sich Ward zuerst der Frage der Autorität. Führungsrollen müssen nicht als festgeschriebene Stelle Teil der Arbeitsteilung sein. Den Mechanismen der Macht, wie sie in den folgenden Jahren sowohl in den Sozialwissenschaften als auch im Betriebsmanagement beschrieben wurden, entspricht ein situativer Rollenwechsel eher. Erfahrung und Spezialwissen soll sich temporär, in einem steten Wechselspiel zwischen Autorität und Unterordnung, an die Spitze der Gruppen setzen. Wenn die Aufgabe erfüllt ist, tritt die Person ab ohne weiteren Anspruch auf Belohnung und Ehre.

Im Folgenden zeigt Ward einige Modelle



auf, die diese Prinzipien verinnerlichen. In allen Modellen gibt es eine Gemeinsamkeit: Die Arbeitsteilung wird entlang von Produktionsschritten vorgenommen, welche im Team an einem Ort vorgenommen werden können. Nach innen kommen unterschiedliche Freiheitsgrade zur Arbeitsorganisation zum Zuge, nach aussen kann die Gruppe aber klar abgegrenzt werden. Leider sind die gruppeninternen Prozesse in Wards Artikel kaum Gegenstand seiner Erläuterungen. Sich auf die Analysen anderer Autoren beziehend, fasst er deren Aussagen zu Produktivität und Kontrolle zusammen.

Eine Möglichkeit ist die Ausrichtung auf das zu produzierende Gut. Ward führt zwei Modelle an. Zum Einen das Arbeitsgruppensystem (gang-system), welches das produzierte Gut, nicht die Arbeit der einzelnen Angestellten in den Fokus

nimmt. Als Zweites nennt er das Kollektivvereinbarungssystem (collective-contract-system). Durch einen Vertrag wird die Gruppe konstituiert und die internen Abläufe von den Unterzeichnenden selber bestimmt. So wird auch die Verantwortlichkeit an die Gruppe übertragen.

Die zweite Möglichkeit kommt aus dem Bergbau. Schichtgruppen werden die Verantwortung, die Arbeitsorganisation und die Vorgehensweise übertragen (composite-working). Die Entlohnung wird nach Fördermenge an die ganze Gruppe entrichtet. Anstelle der Kontrolle und Autorität von aussen, gilt das Prinzip der Selbstorganisation und Selbstentwicklung. Externe Vorgaben gibt es nur noch als Sicherheitsstandards und technische Rahmenbedingungen.

All diese Arbeitsprozesse basieren auf Kleingruppen. Diese Einheiten werden wiederum in einem föderalen System zu einem grossen Ganzen zusammengefügt. Die Funktionalität sieht er in länderüber-

greifenden oder weltumspannenden Systemen, die föderalistisch organisiert sind, wie die Eisenbahn (UIC, RIC und RIV) oder die Post (Weltpostverein). Beide Beispiele haben die globale Koordination als Verbund organisiert.

Laut Colin Ward verbreiten sich diese Modelle und Ideen stetig in der Praxis. Aus heutiger Sicht bestätigt sich diese Prognose im Grossen und Ganzen eindeutig. Dies hat aber oft eine einseitige Wirkung in Richtung Selbstkontrolle und individuelle Effizienzsteigerung, ohne dass dabei den Arbeitnehmenden wirklich ein grösseres Selbstbestimmungsrecht oder eine Beteiligung an den Gewinnen zugestanden wird. Die autoritären Systeme und Besitzstrukturen haben diese Prinzipien längst für sich entdeckt und nutzen

(weiter auf Seite 8)

Anarchismus (von Seite 7)

sie in ihrem Sinne. Diese ganze Frage der Organisationsweise zeigt einerseits die Praxistauglichkeit der hierarchiefreien Prozesse auf, zeigt aber auch, dass ohne eine Veränderung der Eigentumsrechte eine Veränderung des politischen Systems nicht erreicht werden kann.

Ein Thema fehlt komplett: Verbindlichkeit. In allen Produktionsprozessen und in der Organisation sind verbindliche Abkommen unerlässlich. Wenn aber aus den föderalen Absprachen Gesetze entstehen müssen, um diesem Anspruch zu genügen, gibt es keine Freiwilligkeit mehr. Überhaupt sind längere Kooperationsprozesse schnell mal der Verschriftlichung und Verfestigung ausgesetzt, somit einer Regularisierung. Die stetige Veränderbarkeit muss in die organisatorischen Prinzipien aufgenommen werden können. An der stetig wachsenden Gesetzesfülle ist zu erkennen, dass Transformationen im bestehenden System schlecht integriert werden.

Fazit

Das Besteckende am rezensierten Aufsatz ist der Ansatzpunkt in der Gegenwart. Ohne Phänomene, wie eine weltweite Wirtschaftsverknüpfung oder Arbeitstei-

lung, einer speziellen politischen Strömung zuzuordnen, geht Ward davon aus, dass eine Theorie der sozialen Organisationsweise in der Öffentlichkeit nur aufgenommen und diskutiert werden kann, wenn sie am Bestehenden anknüpft.

Die Absicht von Ward, mit seinem Artikel auf die Praktikabilität der anarchistischen Ideale zu verweisen, scheint mir gelungen. Mit offenen Augen und der Bereitschaft zu diskutieren, lässt sich in der heutigen Gesellschaft eine noch größere Fülle an Beispielen erkennen, denen Modelle für eine neue Gesellschaftsorganisation entnommen werden können. Damit lassen sich auch Überlegungen zum Übergang in eine weniger kontrollierte und zementierte Gesellschaft anstellen. Meine häufige Kritik an den einzelnen Punkten will nicht Wards Ansatz in Frage stellen, sondern zeigt, wie anregend eine Orientierung an der Gegenwart und damit an einer erfahrbaren Praxis sein kann. Anstatt Beispiele aus längst vergangenen Tagen anzuführen, die zwar als Beispiele für Anarchie in der gesellschaftlichen Praxis dienen, aber immer auf Interpretationen anderer Autoren basieren, kann ich die Beispiele Wards immer mit meinem eigenen Alltag in Verbindung bringen.

s. deo



Colin Ward

Der Autor

Colin Ward ist anfangs dieses Jahres im Alter von 86 verstorben. Er war Herausgeber der anarchistischen Zeitung Freedom und Gründer und Herausgeber der Zeitschrift Anarchy, in der auch der rezensierte Artikel erschienen ist. Gesamthaft hat er mindestens 25 Bücher und Artikel publiziert, in denen er sich vor allem mit den Themen um Anarchismus, Architektur und Besitztum auseinander gesetzt hat.

s. deo

Schwarzrot? Keine Ahnung woher das kommt...

Bei Demonstrationen, Betriebsbesetzungen und anderen Aktionen tauchen immer wieder verschiedenste Fahnen und Symbole auf. Deren Ursprung und genauere Bedeutung bleiben aber oft im Dunkeln. Dieser Artikel soll dazu dienen, den Ursprung und die Bedeutung der schwarzroten Fahne zu erläutern und dir die Argumentation für die farbliche Wahl deiner Fahne erleichtern.

Seit dem 19. Jahrhundert ist rot die traditionelle Farbe der Arbeiterbewegung. Unter roten Fahnen vereinen sich die Arbeiterinnen und Arbeiter an Demonstrationen oder Aufständen, so auch während der Pariser Kommune (1871). Die schwarze Fahne wird zu dieser Zeit kaum verwendet. Ein erstes Mal taucht sie im Jahre 1831 (also vor der Ausbildung des Anarchismus als spezifische Strömung der Arbeiterbewegung) auf. ArbeiterInnen schwenken sie während Arbeitskämpfen in einer Seidenfabrik in Lyon. Danach gerät sie wieder in Vergessenheit. Von einigen Seiten wird behauptet, dass die AnarchistInnen die rote Farbe wegen der definitiven Spaltung inner-

halb der ersten Internationale im Jahre 1871 aufgegeben haben. Dafür gibt es jedoch keine bestätigten Quellen. Im Gegenteil: Einkaufsbelege bestätigen, dass die anarchistische Juraföderation während der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts weiterhin roten Stoff einkauft. Schwarz tritt zu dieser Zeit nur vereinzelt auf: Während eines Aufstandes in Bologna im Jahre 1874 erscheint die schwarze Farbe ein erstes Mal bei den AnarchistInnen. Quellen berichten, dass einige TeilnehmerInnen während des Aufstandes die rotschwarze Kokarde (am Hut befestigte Bandschleife, welche die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppierung verdeutlicht) der AnarchistInnen tragen. Über dieselben Kokarden wird auch bei einem Aufstandsversuch 1877 im italienischen Lettino berichtet, wo auch schwarzrote Fahnen geschwungen werden. Der Ursprung und das Verständnis dieser Farbkombination zu jener Zeit sind jedoch nicht bekannt.

Nach diesen vereinzelt schwarzroten Erscheinungen, setzt sich schwarz als Farbe der AnarchistInnen immer mehr durch.

Im Jahre 1881 wird in London die anarchistische „Schwarze Internationale“ gegründet,

welche den anarchistischen Flügel der im vergangenen Jahrzehnt aufgelösten Internationalen organisatorisch verbinden soll. Anlässlich eines Treffens im Jahre 1882 in Paris spricht sich die Anarchistin Louise Michel erstmals öffentlich für die Verwendung der schwarzen Fahne aus. Dies, um sich besser von den autoritären und parlamentarischen SozialistInnen abgrenzen zu können. Am 9. März 1883, anlässlich einer Demonstration von 15'000 arbeitslosen Personen in Paris, schwenkt Louise Michel eine schwarze Fahne (in Wahrheit einen schwarzen Rock an einem Besenstiel), um die Leute um sich zu vereinen. Ungefähr 500 Personen stürmen anschliessend drei Bäckereien und fordern Brot und Arbeit für alle, bevor sie von der Polizei zerstreut werden. Luise Michel wird daraufhin von den Behörden als Initiatorin der Unruhe angesehen und zu Haft verurteilt.

Laut Luise Michel stellt die schwarze Fahne zur damaligen Zeit die Fahne des Streiks dar und Peter Kropotkin, wie auch einige andere, sehen in der anarchistischen Internationalen eine Organisation des Widerstandes und des Streiks. Die enge Verbindung von

Streik und anarchistischer Bewegung erklärt die Herausbildung der schwarzen Fahne als spezifisch anarchistische.

Im Jahre 1883 wird in Lyon die anarchistische Zeitung „Le Drapeau Noir“ (frz. Die Schwarze Fahne) ein erstes Mal herausgegeben und erhöht dadurch die Popularität dieses Symbols.

Laut Paul Avrich, einem US-amerikanischen Historiker, erscheint die schwarze Fahne im Jahre 1884 ein erstes Mal in den USA. Aus der militanten Lokalzeitung *The Alarm* ist zu entnehmen, dass anlässlich einer Demonstration von AnhängerInnen der anarchistischen Internationale in der Nähe des Rednerpultes eine grosse schwarze Fahne neben der traditionellen roten Fahne stand. Beide seien während der anschließenden Demonstration zuvorderst mitgetragen worden.

Die schwarze Fahne des Anarchismus erhält eine immer klarere Bedeutung: Das Schwarz der AnarchistInnen bedeutet Antinationalismus, da es alle Grenzen negiert. Die weisse Fahne als Kontrast ist das Symbol des Aufgebens, des Sichbeugens – die schwarze Fahne steht dazu in eindeutiger Opposition.

Howard Ehrlich erklärt die schwarze Fahne so: „Warum ist unsere Fahne schwarz? Schwarz ist der Schatten der Negation; die schwarze Fahne ist die Negation aller Flaggen. Es ist eine Verneinung des Nationalismus, welcher die Menschheit gegen sich selbst ausspielt und die Einheit aller Menschen negiert. Schwarz ist die Stimmung der Wut, der Empörung über all die grauenhaften Verbrechen an der Menschlichkeit im Namen der Treue zu dem einen oder dem anderen Staat. Es ist die Wut und Empörung über die Beleidigung menschlicher Intelligenz durch Scheinheiligkeit, Heuchelei und billige Machenschaften der Regierungen. Schwarz ist auch die Farbe der Trauer; die schwarze Fahne, welche die Nationen zu Nichte macht, betrauert die Opfer, die ungezählten Millionen Ermordeten und Kriege im Inneren wie Äusseren zum Ziele noch grösseren Ansehens oder Macht eines Staates. Sie betrauert jene, deren Arbeit ausgebeutet (besteuert) werden für das Abschlichten und die Unterdrückung anderer Menschen. Sie betrauert nicht nur den Tod der Körper, sondern auch die Lähmung des Geistes in autoritären und hierarchischen Systemen; sie betrauert die Millionen stillgelegten Hirnzellen ohne Chance, jemals die Welt zu erhellen. Es ist eine Farbe tröstlichen Schmerzes.

Aber Schwarz ist auch schön. Es ist eine Farbe der Bestimmung, der Entschlossenheit, der Stärke, eine Farbe, die alle anderen

Farben bestimmt und definiert. Schwarz ist die mysteriöse Umrahmung der Keimung, der Fertilität, des Nährbodens für neues Leben, welches sich stets im Dunkeln bildet, erneuert und reproduziert. Die Saat in der Erde, der seltsame Weg von Spermien, die geheimnisvolle Reifung des Embryos in der Gebärmutter, all dies wird umgeben von schützendem Dunkel“ (Howard Ehrlich, *Reinventing Anarchy, again*)

Die Machno-Bewegung in der Ukraine hat während den Jahren 1918 – 1921 ebenfalls die schwarze- und teilweise auch die Piratenfahne als Symbol verwendet. Sie kämpfte in Form von 12 Armeen und vertrieb für kurze Zeit einen grossen Teil der zentralisierten Gewalt. Letztlich wurden sie aber von bolschewistischen Truppen massakriert.

Am 13. Februar 1921 fand das Begräbnis von Peter Kropotkin in Moskau statt. Zahlreiche schwarze Fahnen und Transparente mit der Aufschrift: „Wo es Autorität gibt, gibt es keine Freiheit“ begleiteten den Trauerzug. Dieser Tag stellt einer der letzten dar, an welchen schwarze Fahnen in Sowjetrussland noch offen gezeigt werden durften. Zwei Wochen später fanden die Kronstadt-

bol des Anarchosyndikalismus entwickelt sich die schwarzrote Fahne aber erst nach der Gründung der spanischen anarchosyndikalistischen CNT im Jahre 1910, welche sich die Farbverbindung zu Eigen macht. Doch die Verwendung der schwarzroten Fahne beschränkt sich nicht nur auf Spanien, sondern weitete sich schon bald auf andere Länder mit Verbindungen zu Spanien aus. So kam es, dass auch ArbeiterInnen in Italien während den „zwei roten Jahren“, welche im Jahre 1920 in zahlreiche Fabrikbesetzungen mündeten, die rotschwarze Fahne gebrauchten. Durch spanische EmigrantInnen wurde die schwarzrote Fahne nach Mexiko und andere lateinamerikanischen Länder exportiert. So ist selbst die schwarzrote Fahne der SandinistInnen, welche im Gegensatz zur anarchosyndikalistischen horizontal und nicht diagonal geteilt ist, von mexikanischen Anarchosyndikalisten inspiriert.

Durch den spanischen Bürgerkrieg wird die diagonal geteilte schwarzrote Fahne allgemein zum Symbol des revolutionären Syndikalismus.

Aus anarchosyndikalistischer Sicht verbindet die schwarzrote Fahne die Arbeiterbewegung, die syndikalistische Opposition

Re 1

Première Année. — N° 1. LIBERTÉ — EGALITÉ — JUSTICE Dimanche 12 Août 1883.

LE DRAPEAU NOIR

Organe Anarchiste

Le N° 10 Cent. PARRAISANT LE DIMANCHE Le N° 10 Cent.

ABONNEMENTS	BUREAUX ET RÉDACTION	RENSEIGNEMENTS
Trois mois 1 fr. 50 Six mois 3 fr. Un an 6 fr. Etranger : le port en sus	26, - Rue de Vauban, - 26 LYON	Pour toutes communications, s'adresser au siège social, rue de Vauban, 26, tous les jours, de 10h. du matin à 10 h. du soir.

Erste anarchistischen Zeitung mit offensichtlichem Bezug zur schwarzen Fahne

revolten statt, welche ebenfalls von den konterrevolutionären Bolschewiki blutig niedergeschlagen wurden. Dieses Ereignis markierte das Ende des anarchistischen Einflusses auf das sowjetische Russland.

Die schwarze Fahne gilt seitdem klar als anarchistisch. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich einige AnarchistInnen weiterhin als SozialistInnen definieren und deshalb auch noch im 20. Jahrhundert die rote Fahne verwenden. So lässt sich die spätere Verbindung von Rot und Schwarz erklären.

Wie oben bereits erwähnt, besagen einige Quellen, dass 1877 in Letino schwarzrote Fahnen geschwenkt wurden. Desweiteren sollen sie 1879 auch bei anarchistischen Protesten in Mexiko auftauchen. Zum Sym-

bol des Kapitalismus (rot) mit den anarchistischen Idealen und der anarchistischen Ablehnung des Staates (schwarz).

Die Hoffnung bleibt, dass nach einer gelungenen sozialen Revolution auch diese Fahne dereinst überflüssig wird.

Paul Isler

Nachbemerkung

Dieser Text ist eine Adaptation diverser Quellen. Für Interessierte empfehlen sich folgende zwei Artikel, welche beide im CIRA (www.cira.ch) einsehbar sind:

DUBOIS, Mayk und Marianne Enckell. 2006. Sur la symbolique anarchiste. Caen : Syndicat intercorporatif anarchosindicaliste

WHEELING, Jason. 1997. « History of the black flag » in *Fifth Estate* n° 349

Hinterbrunnen-Lied

Ein trist-sonniger Montagmorgen
Im letzten Kaff an der letzten Sackgasse
Irgendwo in den hohen Alpen
Hinterbrunnen - wo nichts passiert

Hier ist alles ritualisiert und langweilig
Sogar der Alkohol bleibt ohne Reiz
Da nicht mal im Suff etwas passiert
Man kann es den Jungen nicht verübeln
Dass sie das versteinerte Dorf verlassen
Denn nicht einmal ein Ruhe suchender Wanderer
Verirrt sich in diese wilde Ödnis
Hinterbrunnen hat keine Wasserfälle
Keinen uralten Dorfkern, keine Wanderwege
Keinen Bahnhof und keine Haltestelle

Hinterbrunnen – wie eine verstrahlte Industriebrache
Mitten in einem abgelegenen Bergtal
Das einzig Aufregende in Hinterbrunnen
Ist seine nervzehrende Langweiligkeit

Von: Niedzwiedz

Frei

Durch Tropfen der Freiheit
vom Himmel niederprasselnd
verschwinde ich
auf schwarzem Band
durch grünes Land

von: Niedzwiedz

(Do It Yourself)

Cc&Hs: Do It Yourself

Die Einen und die Anderen

Der Einen Fremdsprache, der Anderen Faulheit
Ist der Einen Unverständnis und der Anderen Rassismus
Der Einen Integration und der Anderen Bewegungslosigkeit
Bringt die Einen und die Anderen einander nicht näher

Der Einen Not ist der Anderen Gesetz
Der Einen Lösung ist der Anderen Problem
Der Einen Schwierigkeiten ist der Anderen Wählerstimmen
Deswegen ist der Einen Mensch-Sein der Anderen Unmenschlichkeit

Der Einen Entzug vor der Anderen Kontrollen
Ist der Einen Notwendigkeit vor der Anderen Nötigung
Der Einen Wille zu Leben weckt der Anderen Misstrauen
Eines Teils der Einen Wille Andere zu sein ist der Anderen Ausrede

Von: Niedzwiedz

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf schon bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

Gelebtes Leben

Die Autobiografie Emma Goldmans. Eine Rezension

„Es war genauso interessant wie bezeichnend, dass zu gleicher Zeit ein Soldat der Vereinigten Staaten und ein Sozialist verdammte wurden, weil sie es gewagt hatten, irgendetwas mit Emma Goldman zu tun zu haben.“

Gegen Biografien habe ich eigentlich grundsätzlich Vorbehalte. Oft sind es anbiedernde und rechtfertigende Schriften, egal ob sie von der beschriebenen Person selbst oder von einer anderen Person geschrieben wurden. Dann gibt es Biografien, die interessante Leben langweilig machen und die nach der Lektüre erleichtert weggelegt werden. Und dann gibt es überzeugende Werke, wie die Bakunin-Biografie von Madeleine Grawitz, welche den äusseren Umständen, die einen Lebenslauf mit beeinflussen, auch ein grosses Gewicht geben. Und es gibt Biografien, wie diejenige des (sowjet-)russischen Physikers und Dissidenten Juri Orlov, anhand derer eine turbulente Zeit aus der hautnahen Perspektive des Einzelschicksals verständlich wird.

Die Soeben im Nautilus Verlag wieder erschienene Autobiografie von Emma Goldman hat beides. In einer angenehm zugänglichen Sprache beschreibt Emma Goldman ihr Leben von ihrer Geburt bis 1931. Ihre wahre „Geburt“ ist aber nicht die Niederkunft im damals russischen Kaunas im Jahr 1869, sondern der 15. August 1889 – der Tag ihrer Ankunft in New York. Soeben hatte sie die bedrückende Strenge ihres Vaters, die monotone Plackerei in einer Textilfabrik und eine missglückte Ehe hinter sich gelassen und war auf- und ausgebrochen

um die Emma Goldman zu werden, die uns allen ein Begriff sein sollte. Sehr schnell fand sie den Anschluss an die deutsch- und jiddischsprachigen AnarchistInnenzonen. An ihrem ersten Tag in New York trifft sie auf zwei Männer, die für ihr Leben prägend sein sollten: Alexander Berkman und Johann Most. Bald entwickelt sie sich zu einer mitreissenden Rednerin und gerät ins Visier der Behörden. Prägend für ihr ganzes Leben sollten vierzehn Jahre sein. Vierzehn Jahre in denen Alexander Berkman, den sie stets Sascha nennt, im Gefängnis steckt. Immer wieder bezieht sie sich auf dieses prägende Erlebnis, als etwas das in ihr Kräfte weckt und das sie zum Nachdenken bringt.

Überhaupt ist die Schilderung ihres Lebens eine sehr persönliche. Die politischen Ideen, ihre damals unerhörten Vorstellungen von Liebe, Moral, Bildung und Erziehung tauchen meistens nur dann explizit auf, wenn sie über ihre persönlichen Beweggründe spricht. LeserInnen der Biografie erhalten zwar ein gutes Bild davon, wer die Person Emma Goldman war, aber sollten nicht darauf hoffen nebenbei auch noch den Kosmos ihrer Ideen erforschen zu können. Als Aufmacher verwendet der Nautilus-Verlag auf dem Buchrücken ein Zitat von J. Edgar Hoover: „Emma Goldman ist ohne Zweifel einer der gefährlichsten Anarchisten in diesem Land.“ In meinen Augen zeigt das dieser Rezension vorangestellte Zitat besser auf, wie Staat oder staatsbejahende Menschen fast jeglicher Couleur auf sie reagiert haben.

Dass in diesem, in direktem Zusammenhang mit Emma Goldman stehenden Zitat, keine gendergerechte Form verwendet wird, ist kein Zufall. Schade, dass die HerausgeberInnen (Im Impressum sind vor allem Frauen vermerkt) sich nicht zu irgendeiner Form von gendergerechter Sprache durchringen konnten. Vor allem, da der Text ohne Verfälschung hätte angepasst werden können – die Erstveröffentlichung der Autobiografie war in englischer Sprache.

Ansonsten ist die Biografie in der vorliegenden Ausgabe sehr gut gemacht, das auffällige Umschlaglayout des gebundenen Buchs gefällt und es ist abgesehen von sehr wenigen Fehlern (der auffälligste ist ein falscher Zeilenumbruch) gut lektoriert. Die veranschaulichenden Bilder in der Mitte des Buches sind gut ausgewählt und illustrieren sowohl Emmas und Alexander Berkmans Entwicklung, als auch den Kreis der Personen, die für Emma Goldman wichtig waren.

Die Goldman-Biografie ist zwar nicht gerade billig, aber den Preis wert!

Niedzwiedzek

Zum Buch:

Emma Goldman: Gelebtes Leben. Autobiografie

Gebunden mit Schutzumschlag, 928 Seiten.
ISBN 978-3-89401-731-6
sFr 54,90

Kann über die FAU Bern bestellt werden.



September/Oktober 2020
di schwarzi chatz
Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz
www.fau.ch | 1. Jahrgang/Heft 10



„Legale Illegale“

Die Arbeit ist in der Schweiz ein zentraler Bestandteil der Identität. Die SchweizerInnen sind in der Regel stolz auf ihre Arbeit. Sie sind stolz auf ihre Fähigkeiten, auf ihre Kreativität, auf ihre Leistung. Sie sind stolz auf ihre Arbeit, die sie für die Welt tun. Sie sind stolz auf ihre Arbeit, die sie für die Welt tun. Sie sind stolz auf ihre Arbeit, die sie für die Welt tun.

„Legale Illegale“ in Australien
Australische Erwerbslosen in
Schweiz
Stimmen in die Linken
Bewegung
Tschadische AusländerInnen
in der Schweiz

Die Arbeit ist in der Schweiz ein zentraler Bestandteil der Identität. Die SchweizerInnen sind in der Regel stolz auf ihre Arbeit. Sie sind stolz auf ihre Fähigkeiten, auf ihre Kreativität, auf ihre Leistung. Sie sind stolz auf ihre Arbeit, die sie für die Welt tun. Sie sind stolz auf ihre Arbeit, die sie für die Welt tun. Sie sind stolz auf ihre Arbeit, die sie für die Welt tun.

abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 50.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 25.- oder mehr)
- Ich möchte folgende Anzahl Ausgaben von di schwarzi chatz abonnieren (6x1 Ausgaben für 25.-, 6x1 mit DA 50.-, je weiteres Exemplar schwarzi chatz 5.-).
Anzahl:

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

Einsenden an:
di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25
oder:
zeitung@faubern.ch

